

Hausfreund für den goldenen Grund

mit den Neben-Ausgaben: „Würgefer Zeitung“ und „Erbacher Zeitung“.

Amtliches Organ der Stadt Camberg
und des königlichen Amtsgerichts



Haupt-Anzeigebblatt für den goldenen
Grund und das Emstal

Der „Hausfreund für den goldenen Grund“ erscheint wöchentlich dreimal
(Dienstags, Donnerstags und Samstags). — Der Bezugs-Preis beträgt
vierteljährlich 1.25 M., durch die Post bezogen 1.54 Mark. Anzeigen die
einspaltige Zeile oder deren Raum 10 Pfg. Reklamen die Zeile 25 Pfg.

Wöchentliche Gratis-Beilagen: „Illustriertes Unterhaltungsblatt“ und
„Landwirtschaftliches Zentralblatt“.
Druck und Verlag der Buchdruckerei von: Wilhelm Ammelung.
Geschäftsstelle: Bahnhofstraße. — Telefon Nr. 28.

Bezugspreis pro Vierteljahr 1.75 Mk. Durch die Post bezogen 2.04 Mk.

Inseraten die Zeile 25 Pfg. Reklamen 50 Pfg.

Nummer 137

Donnerstag, den 14. November 1918.

40. Jahrgang

Amtliche Nachrichten.

Betr.: Neuordnung der Betriebsstoff- verteilung.

Im Einvernehmen mit der Rgl. Bräu-
Inspektion der Kraftfahrtruppen wird auf
Grund der Bekanntmachung O. II. 700.
7. 18. betreffend Beschlagnahme, Bestands-
aufnahme und Höchstpreise von Lichtöl
und Rohbenzol vom 1. August 1918
folgendes angeordnet:

Der Verbraucher hat bei der Kriegs-
wirtschaftsstelle seinen Bedarf getrennt
nach Verwendungszweck monatlich anzu-
melden. Verbraucher größerer Mengen,
— Großabnehmer, — können auf An-
ordnung des Kriegswirtschaftsamts ihren mo-
natlichen Bedarf getrennt nach Verwen-
dungszweck, bei ihm unmittelbar zu einem
bestimmten Termin anmelden.

Frankfurt a. M., den 31. Okt. 1918.
Kriegswirtschaftsamt Frankfurt a. M.

An die Herren Bürgermeister d. Kreises
zur Kenntnis und sofortigen ortsüblichen
Bekanntmachung. Die eingehenden An-
meldungen sind bis spätestens zum 7. je-
den Monats getrennt nach Verwendungszweck
erstmalig zum 7. November 1918
bei der Kriegswirtschaftsstelle einzureichen.
Limburg, den 3. November 1918.

Der Vorsitzende der Kriegswirtschaftsstelle.

Wird veröffentlicht.

Camberg, den 13. November 1918.

Der Bürgermeister:

Pipberger.

Bekanntmachung.

Auf den von einer Anzahl beteiligter
Gewerbetreibenden gestellten Antrag zur
Errichtung einer Zwangssinnung für alle
im Kreise Limburg das Metzgerhandwerk
betreibenden Handwerker habe ich behufs
Durchführung des gesetzlichen Abstimmungs-
verfahrens (§ 100a R. G. O.) gemäß Zif-
fer 100 der Ausführungsanweisung vom
1. Mai 1904 den Herrn Landrat in Lim-
burg zu meinem Kommissar ernannt.
Wiesbaden, den 26. Oktober 1918.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

Hierdurch mache ich bekannt, daß Er-
klärungen für oder gegen die Errichtung
einer Zwangssinnung für das Metzger-
handwerk im Bezirke sämtlicher Gemein-
den des Kreises Limburg schriftlich oder
mündlich bis zum 20. November 1918
bei mir abzugeben sind.

Die Abgabe der mündlichen Erklärung
kann während des angegebenen Zeitraumes
 werktätig von 8—12 Uhr auf Zimmer
Nr. 3 des hiesigen Landratsamts erfolgen.

Ich fordere hierdurch alle Handwerker
welche im Bezirke der Gemeinden des
Kreises Limburg das Metzgerhandwerk
selbstständig betreiben, zur Abgabe ihrer Er-
klärung auf. Erklärungen, welche nicht
klar erkennen lassen, ob der Erklärende
der Errichtung der Zwangssinnung zu-
stimmt oder nicht, sind ungültig; nach Ab-
lauf obigen Zeitpunktes eingehende Äuße-
rungen bleiben unberücksichtigt.

Die Abgabe einer Äußerung ist auch
für diejenigen Handwerker erforderlich,
welche den Antrag auf Errichtung der
Zwangssinnung gestellt haben.

An die Herren Bürgermeister des Kreises

Unter Hinweis auf die vorstehende
Bekanntmachung betreffend die Errichtung
einer Zwangssinnung für das Metzger-
handwerk, ersuche ich, sämtliche in Ihren
Gemeinden wohnenden Metzger, welche ihr
Handwerk selbstständig betreiben, auf die
Bekanntmachung sofort ganz besonders
aufmerksam zu machen und mir bis zum
15. November d. Js. mitzuteilen, an
welchem Tage dies geschehen ist.

Limburg, den 2. November 1918.

Der Landrat

als Kommissar des Rgl. Regierungspräsid.

Wird veröffentlicht.

Camberg, den 13. November 1918.

Der Bürgermeister:

Pipberger.

Fleischverkauf

am Freitag, den 15. November d. Js., bei
Schmitt und Preuß. Abgabe pro Kopf
100 gr. Preis per Pfund Rindfleisch 2,30 M.

Reihenfolge.

bei Schmitt.

Von 9—10 Uhr für die Nr. 201—250
10—11 " " " 251—290
11—12 " " " 151—200
2—3 " " " 101—150
3—4 " " " 51—100
4—5 " " " 1—50

bei Preuß.

Von 9—10 Uhr für die Nr. 550—649
10—11 " " " 471—550
11—12 " " " 400—470
2 1/2—3 1/2 " " " 341—400
3 1/2—5 " " " 291—340

Von 2—2 1/2 Uhr Ausgabe für die Ge-
meinde Dombach.

Camberg, den 13. November 1918.

Der Bürgermeister:

Pipberger.

Ich mache darauf aufmerksam, daß
diejenigen, welche haus- oder notgeschlach-
tet haben, sofort die Fleischkarten abzu-
geben haben, andernfalls erfolgt die An-
rechnung von der nächsten Fleischkarten-
ausgabe ab (am 27. Nov. 1918.)

Camberg, den 13. November 1918.

Der Bürgermeister:

Pipberger.

Für den Sicherheitsdienst in der
Stadt — Nachdienst — werden noch
einige kräftige und zuverlässige Männer
gesucht. Als baldige Meldungen erbeten.
Tagelohn 5,50 Mark.

Camberg, den 13. November 1918.

Der Bürgermeister:

Pipberger.

Amerikanische Hilfe in Lebensmitteln für die Mittelmächte.

Washington, 12. November.
(Drahtmeldung.) In einer Ansprache
auf dem Kongreß sagte Wilson, die
Alliierten beabsichtigten, die Mittel-
mächte mit Lebensmitteln zu versorgen
und sofort eine Unterstützungsorgani-
sation wie früher in Belgien ins Leben
zu rufen.

Erlass des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg an die deutsche Armee.

An die Armee!

Der Waffenstillstand ist unterzeichnet.
Bis zum heutigen Tage haben wir unsere
Waffen in Ehren geführt. In treuer
Eingabe und Pflichterfüllung vollbrachte
die Armee Gewaltiges in siegreichen An-
griffskämpfen und zäher Abwehr. In
hartem Kampfe zu Lande und in der Luft
haben wir den Feind von unseren Gren-
zen ferngehalten und die Heimat vor den
Schrecknissen und Verwüstungen des Krie-
ges bewahrt. Bei der wachsenden Zahl
unserer Gegner, bei dem Zusammenbruch
der uns bis an das Ende ihrer Kraft zur
Seite stehenden Verbündeten und bei den
immer drückender werdenden Ernährungs-
und Wirtschaftssorgen hat sich unsere Re-
gierung zur Annahme harter Waffenstill-
standsbedingungen entschließen müssen.
Aber aufrecht und stolz gehen
wir aus dem Kampfe, den wir
über vier Jahre gegen eine
Welt von Feinden bestanden.
Aus dem Bewußtsein, daß wir unser Land
und unsere Ehre bis zum Äußersten ver-
teidigt haben, schöpfen wir neue Kraft.
Der Waffenstillstandsvertrag verpflichtet
zum schnellen Rückmarsch in die Heimat,
unter den obwaltenden Verhältnissen eine
schwere Aufgabe, die Selbstbeherr-
schung und treueste Pflichter-
füllung von jedem einzelnen
von Euch verlangt, ein harter Prüf-
stein für den Geist und den inneren Halt
der Armee. Im Kampfe habt ihr Euren
Generalfeldmarschall niemals im Stich ge-
lassen. Ich vertraue auch jetzt
auf Euch!

Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Änderung

der Waffenstillstandsbedingungen.

Die auf dem

rechten Rheinufer

vor behaltene neutrale Zone soll sich bis
zu einer Entfernung von 10 Kilometer
(statt 30 bis 40 Kilometer) vom Fluß er-
strecken. Die Räumung der links- und
rechtsrheinischen Gebiete muß in insgesamt
30 Tagen (statt 25) bewirkt sein. Die
Zahl der auszuliefernden Lastkraft-
wagen wird auf 5000 statt auf 10000
festgesetzt. Bezüglich der Kriegsgefangenen
wird vereinbart, daß die Heimsendung der

deutschen Kriegsgefangenen,

die in Holland und der Schweiz interniert
sind, wie bisher fortgesetzt werden.
Die Heimsendung der deutschen Kriegsge-
fangenen wird bei Abschluß der Vorfriedens-
verhandlungen geregelt. Was die Räum-
ung der Ostgebiete anbelangt so müssen
Desterreich, Rumänien und die
Türkei sofort geräumt werden, die vor
dem Frieden zu Rußland gehörenden Ge-
biete, sobald die Alliierten unter Berück-
sichtigung der inneren Lage dieser Gebiete
den Augenblick für gekommen erachten.
Nach Artikel 14 müssen alle Requi-
sitionen, Beschlagnahmen oder Zwangs-
maßnahmen der deutschen Truppen, die
dazu bestimmt waren, sich Hilfsmittel für
Deutschland in Rumänien und Rußland
zu beschaffen, sofort aufhören. Der

Zugang der Alliierten zu den geräumten
Gebieten an der Ostgrenze, sei es über
Danzig, sei es über die Weichsel, soll
der Versorgung der Bevölkerung und der
Aufrechterhaltung der Ordnung dienen.

Bezüglich

Ostpreußen

wird bestimmt, daß dieses Gebiet inner-
halb eines Monats von allen deutschen
Streitkräften geräumt sein muß.

Die Bestimmung über

die U-Boote

lautet: Auslieferung aller U-Boote ein-
schließlich der U-Boot-Kreuzer und Min-
enleger mit ihrer Bewaffnung und voll-
ständigen Ausrüstung. Sie fahren nach
einem von den Alliierten bestimmten Hafen.
Solche die nicht in See stechen können,
werden abgerüstet, vom Personal verlas-
sen und unter Aufsicht gestellt. Die Be-
dingungen dieses Artikels werden in einem
Zeitraum von 14 Tagen ausgeführt. Die
zu internierenden Schiffe müssen bereit
sein, die deutschen Häfen binnen sieben
Tagen zu verlassen.

Bezüglich der

Blockade

heißt es: Die Alliierten sind der Ansicht,
daß die Fortsetzung der Blockade die
Lebensmittelversorgung Deutschlands nach
abgeschlossenem Waffenstillstand nicht ver-
hindern wird in dem Maße, wie sie es für
notwendig halten werden. Es wird je-
doch zum Artikel 26 folgender Satz hinzu-
gefügt:

Die Alliierten und die Vereinigten
Staaten beschäftigen sich mit der Frage
der Lebensmittelversorgung Deutschlands
während des Waffenstillstandes. Die
Dauer des Waffenstillstandes wird auf
36 Tage festgesetzt mit der Möglichkeit
der Verlängerung. Im Laufe dieses
Zeitraumes kann der Waffenstillstand,
wenn die Klauseln nicht erfüllt werden,
mit 48stündiger Wirkung gekündigt werden.
Um die Ausführung zu erleichtern, weil
das Prinzip einer ständigen internationalen
Waffenstillstands-Kommission angenommen.

Deutschland verlangt sofortigen Beginn der Friedensverhandlungen.

Berlin, 12. Nov. Die deutsche Regie-
rung hat durch Vermittlung der schweizeri-
schen Regierung an die Regierung der
Vereinigten Staaten die Amerika fol-
gende Note gerichtet:

Nachdem nunmehr der Waffenstillstand
geschlossen ist, bittet die deutsche Regierung
den Präsidenten der Vereinigten Staaten,
den Beginn der Friedensverhandlungen in
die Wege leiten zu wollen. Der Beschleu-
nigung halber schlägt sie vor, zunächst den
Abschluß eines Präliminar-Frie-
dens ins Auge zu fassen und ihr mitzu-
teilen, an welchem Ort und zu welchem
Zeitpunkte die Verhandlungen beginnen
können. Wegen drohender Le-
bensmittelnot legt die deutsche Re-
gierung auf unverzüglichen Be-
ginn der Verhandlungen besonderen Wert.

Gezeichnet Solf, Staatssekretär.

Verantwortlicher Redakteur und Herausgeber
Wilhelm Ammelung, Camberg.

Zur Kaiserfrage.

Die Erörterungen über die Kaiserfrage nehmen ihren Fortgang. Schon der Freimut, mit dem sie sich vollziehen können, ist ein schlagender Beweis für die unbeschränkte Freiheit, deren sich das deutsche Volk in seinen politischen Angelegenheiten erfreut. Freiheit aber kann nur gegeben werden, wo sie sich mit Besonnenheit und Mäßigkeit in der Behandlung öffentlicher Fragen von entscheidender Bedeutung paart. Nicht Stimmungen dürfen dabei ausschlaggeben, sondern ruhigen, sachlichen Erwägungen ist das Wort zu lassen. Aus verschiedenen Veröffentlichungen ist zu ersehen, daß im Kriegskabinet keine einheitliche Auffassung über die Kaiserfrage herrscht. Doch ist mit derselben Bestimmtheit zu erkennen, daß die Mehrheit der Mitglieder des Kriegskabinetts sich für das Verbleiben des Kaisers auf dem Thron ausgesprochen hat. Sie ruht auf den Entschlüssen und Erklärungen des Kaisers, die mit der Neuordnung der inneren Verhältnisse des Reiches und Preußens in Zusammenhang stehen. Aus diesen Handlungen des Kaisers ergibt sich mit voller Klarheit, daß der Herrscher der neuen Entwicklung nicht nur nicht hemmend entgegensteht, sondern sich entschlossen ist, an dieser Entwicklung fördernd mitzuwirken. Aus dem Erlaß an den Reichslandtag vom 10. Oktober spricht die Gesinnung des Kaisers mit aller Deutlichkeit. Bestätigt wird sie durch die Ansprache des Kaisers beim Empfang der neu ernannten Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre am 21. Oktober. Nach einer Mitteilung des Staatssekretärs Haushamm im 'Berliner Tageblatt' äußerte der Kaiser u. a., die Erklärungen des Kaisers hätten uns alle schmerzhaft berührt und veranlaßt, wo sie der Erneuerung bedürften. Sie hätten uns aber auch die neuen geistigen Kräfte zur Anschauung gebracht, die in unserer Mitte zum Vorschein treten. Der neuen Zeit solle eine neue Ordnung entspringen. In umfassender Weise solle das deutsche Volk berufen sein, an der Gestaltung seiner Geschichte mitzuwirken, an politischer Freiheit seinem Volke der Erde nachstehend. Staatssekretär Haushamm bezeichnet letztere Wendung als ein stolzes, ein wahrgemachtes Wort, das nicht verloren gehen solle.

Daß dieses Wort nicht verloren gehen wird, dafür ist der Kaiser selbst einer der sichersten Bürgen. Niemals konnte ihm mit Recht nachgesagt werden, daß er die Verfassung nicht unverbrüchlich gehalten habe. Ja, der Kaiser war bestrebt, nach Möglichkeit zu verhindern, daß einer seiner Nachfolger nicht die gleiche Verfassungstreue beobachtete. Bekannt ist, daß er aus solcher Sorge heraus eine lehrwürdige Aufzeichnung König Friedrich Wilhelms IV. verbrennen ließ, in der dieser König an seinen Nachfolger die Aufforderung richtete, bei erster Gelegenheit sich von der Verfassung wieder loszumachen. Diese Aufzeichnung sollte nach der Bestimmung des Königs jedem Thronerben beim Regierungsantritt vorgelegt werden. Das ist auch jedesmal geschehen. Kaiser Wilhelm II. aber ordnete die Vernichtung der Urkunde an, damit sie nicht einen späteren Herrscher verleite, doch zu einem verhängnisvollen Schritt verleite. Ebenso bekannt ist, daß der Kaiser die Anregung Bismarcks, sich mit der Sozialdemokratie gewaltig auseinanderzusetzen, entschieden ablehnte. Aus diesem Gegenstand der Auffassungen in erster Reihe entstand zwischen dem Kaiser und Bismarck der Zwiespalt, der schließlich zum Abtritt Bismarcks führte. Der Kaiser wollte die Veröhnung der Arbeitermassen mit dem Staats- und Reichsgedanken durch eine großzügige Sozialreform, die dann auch verwirklicht wurde. Alle diese geschichtlichen Erinnerungen legen Zeugnis für die Gesinnung des Kaisers ab, die die Unwandelbarkeit seiner Auffassungen über die im Werte befindliche und schon weit fortgeschrittene Neuordnung unserer fortschrittlichen Verhältnisse gewährleisten. In diesem Sinne ist der geringste Anlaß gegeben zu der Behauptung, daß der Kaiser jemals der freien politischen Entwicklung Schwierigkeiten bereiten könnte, so werden andererseits in weitem Umkreise

Bedenken laut, die mit Rücksicht auf unsere innere und äußere Entwicklung sich gegen eine Abdankung des Kaisers regen.

Die wirtschaftliche Abrüstung.

Nachdem durch die politischen Ereignisse der letzten Wochen die Frage der Demobilisation aktuell geworden ist, werden von den zuständigen Stellen die Vorarbeiten hierfür energisch in Angriff genommen. Die von militärischer Seite schon früher aufgestellten Pläne, die auf der Voraussetzung eines günstigen Friedensaufbaus waren, kommen im Augenblick nicht mehr in Betracht; das Reichswirtschaftsamt hat vielmehr die Ausarbeitung neuer Pläne übernommen. Leiter der Demobilisierung ist Unterstaatssekretär Dr. August Müller, der im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsamt die wirtschaftliche Abrüstung durchzuführen wird.

Oberster Grundsatz der Demobilisierung wird sein: Jeder Arbeiter und Beamte soll an seinen alten Arbeitsplatz zurückkehren, den er im August 1914 innehatte. Diese allgemeine Regel soll auch für die Abrüstung des Heimatheeres gelten, von dem mit der Stilllegung von für den reinen Kriegsbedarf arbeitenden Unternehmen sofort einige Hunderttausende arbeitslos werden dürften. Natürlich wird der Grundsatz „Rück zu den alten Arbeitsstätten“ zur Vermeidung unnötiger Umsiedelungen nicht schablonenhaft und nicht ohne Rücksicht auf die persönlichen Verhältnisse durchgeführt werden. Ferner: Kein fremder Arbeiter darf einem deutschen Staatsbürger Arbeit und Brot wegnehmen! Den politischen, belgischen und holländischen Arbeitern soll die Abwanderung leicht gemacht werden. Die Kriegsgefangenen werden aus den Betrieben zurückgezogen. Die Landwirtschaft, deren Vertreter sich ebenso wie die der Industrie mit dieser Regelung einverstanden erklärt haben, will möglichst alle vom Lande stammenden und mit der Landarbeit vertrauten Arbeiter aufnehmen. Eine Änderung des Landarbeiterrechts wird damit aktuell.

Die Umsiedelung dürfte dadurch erheblich erschwert werden, daß viele Betriebe stillgelegt worden sind. Für die Ausfüllung dieser Lücke wird durch Arbeitsnachweise, Erwerbslosenunterstützung und Notstandsarbeiten gesorgt werden. Es wird nicht schwer fallen, Gelegenheit für Notstandsarbeiten von dauerndem wirtschaftlichen Nutzen zu schaffen. Arbeitsgelegenheit ist an sich in Halle und Fülle vorhanden. Unzählige Reparaturen drängen. Aber es ist sehr fraglich, ob die Instandsetzungsarbeiten bei den jetzigen hohen Preisen werden vergeben werden. So kann, besonders bei dem Rohstoffmangel und der Rohlennot, eine gefährliche Lücke entstehen, deren Ausfüllung vornehmste Aufgabe des Reiches ist. Die Erwägung darüber und über die Vorsehung des Notstands als öffentlichen Aufträgen sind noch nicht abgeschlossen.

Die Entlassung der Soldaten wird nach der volkswirtschaftlichen Wichtigkeit der Berufsgruppen erfolgen. Daneben wird die namentliche Anforderung seitens der Unternehmer sehr erleichtert, aber auch gegen Mißbrauch geschützt und vielleicht der Überprüfung durch die Gewerkschaften unterworfen werden. Die Entlassung soll möglichst nicht an die Gruppenteile, sondern an die Bezirkskommandos oder direkt an den alten Wohnort erfolgen.

Die Organisation für die Demobilisierung soll frei von jeder bürokratischen Förmlichkeit sein. Sie soll auf dem Rat der wirtschaftlichen Selbstverwaltungsorganisationen und der Initiative und Energie, der Verantwortung und des Verantwortlichkeitsgefühls von Beamten beruhen, die auf Grund weitestgehender Vollmachten reich die notwendigen Entschlüsse treffen können. Die Spitze dieser Organisationen ruht im Reichswirtschaftsamt, ihre breite Basis werden Lokalausschüsse sein, die ebenfalls sehr große Befugnisse haben werden.

Einen Teil der sozialen Lasten der Demobilisierung wird die Industrie zu übernehmen haben. Es ist möglich, daß die Rindungskritiken verlängert oder Bestimmungen über

die Lohnhöhe und Dauer der Arbeitszeit getroffen werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

*Man hofft, daß der Aufruf, den die Regierung an das deutsche Volk gerichtet hat, auf die aufgeregten Gemüter beruhigend wirken werde. Der Aufruf stellt fest, was von der Volkregierung an wichtigen Reformen bereits erreicht ist, und erklärt, daß die Umwandlung Deutschlands in einen Volksstaat entschlossen weitergeführt werden werde. Es folgt eine Mahnung zu Selbstacht und Ordnung und die Kundmachung, daß die Regierung und mit ihr die Leitung von Heer und Flotte aufrichtig den Frieden wollen. Bis dahin müßten aber die Grenzen vor dem Einbruch des Feindes geschützt werden; nur zu diesem Zwecke seien die Einberufungen der letzten Zeit durchgeführt worden.

*Wie verlautet, wird von deutscher Seite General v. Winterfeldt die Waffenstillstandsverhandlungen an der Westfront führen. General v. Winterfeldt war vor dem Kriege Militärattaché in Paris. Er wurde bei einem Automobilunfall im französischen Mandor schwer verletzt und kehrte beim Kriegsbeginn nach Berlin zurück, wo er im Stellvertretenden Generalstab und dann als Vertreter des Hauptquartiers bei der Zivilregierung tätig war.

*Der Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses Graf v. Schwerin-Schwerin ist seinen Leiden erlegen. Mit ihm schwindet einer der preussischen Parlamentarier alten Schlages aus den Reihen der Lebenden, der sich weit über die Kreise seiner konservativen Parteigenossen persönliche Achtung und Anerkennung erworben hatte. Seit etwa 25 Jahren stand der Graf im politischen Leben. Seit 1893 gehörte er dem Reichstage und seit 1897 zugleich dem preussischen Abgeordnetenhaus an. Nach dem Tode des Grafen Stolberg wurde er 1910 vom Reichstag zum Präsidenten gewählt, mußte aber mit dem Beginn der neuen Legislaturperiode dem Präsidenten der Linken, Dr. Kaempf, Platz machen. Dafür präferierten ihn die Konservativen im preussischen Abgeordnetenhaus nach dem Tode des Freiherrn v. Gröbe als Präsidenten.

Osterreich.

*Kaiser Karl fand die Waffenstillstandsbedingungen zu brüchig hart, daß er seinen Namen nicht unter das Abkommen setzen wollte. Er teilte daher den Generalen und den Mitgliedern der Regierung mit, daß er fortan die oberste militärische Gewalt nicht mehr ausüben werde. Der Hofstaat des Kaisers wird demnach aufgelöst, und die kaiserlichen Garben wurden entlassen. Das Armeeoberkommando übernimmt Feldmarschall Freyherr Adele.

Polen.

*Als Plaueranschlag und in den Zeitungen erschien ein Aufruf des Ministerrates. Angehts der großen Aufgaben des Augenblicks, so heißt es darin, begreift die gegenwärtige polnische Regierung, daß einzig eine Kraftanstrengung des ganzen Volkes ihnen gerecht werden kann. Es soll deshalb unverzüglich eine nationale Regierung entstehen, die in ihrer Mehrheit aus Vertretern des arbeitenden Volkes zusammengelegt ist und bis zur Einberufung des gleichgebenden Landtages die ungeteilte Gewalt übernimmt. Infolge dieses Aufrufes, der ohne Wissen des Regimentsrats beschlossen wurde, hat das Ministerium seine Entlassung erhalten.

*In Lemberg hielt dieser Tage der polnische Minister des Innern Glombinski eine Rede. In Sachen Litauens und der zu Österreich-Ungarn gehörenden außerhalb Galiziens liegenden polnischen Gebiete führte der Minister aus, daß er bereits eine Konferenz vorgeschlagen habe, die darüber entscheiden solle, wie die streitigen Grenzen zu bestimmen seien. In Sachen Danzigs erklärte er, daß die ganze Weichselmündung den Polen gehören müsse.

einen festen tadelnden Blick und antwortete mit vollendeter Höflichkeit:

*Sie haben darin recht, Herr Geheimrat, daß ich Herrn Heyden sofort zu dem Streitgegenstand führen muß. Das soll gleich geschehen, denn die Nachsicht im Schlafwagen war nicht anstrengend für ihn wie für mich. Aber ich muß doch bitten, daß Sie gegebenenfalls eine Unterbrechung mit dem Herrn haben, falls er bei seiner Auslage bleibt. Denn in diesem Falle müßte ich auf einer Märgung der Schläge bestehen, bevor ich —

Er machte eine vielsagende Pause, und Wolmann war lug genug, sich die unausgesprochenen Worte zu ergänzen. Ohne Nigers finanzielle Hilfe war er machtlos. Darum verbiß er seinen Zorn über die drohende Bedeutung des Geldsturzes und sprach ganz heiter und harmlos:

Na, selbstverständlich, lieber Freund. Bringen Sie mir Herrn Heyden unter allen Umständen her, es soll mich freuen, ihn zu sehen, wenn er aus einem Saal ein Paulus geworden ist. Ich bleibe einstweilen hier im Hotel.

Niger empfahl sich und fuhr mit Georg, der vor Aufregung kein Wort sprechen konnte, in einem Mietwagen zu der Kunsthandlung von van Zeeren, in deren Hauptraum sich Maler, Kunstfreunde und vor allem Journalisten drängten, während der neue Rembrandt in einem besonderen Nebenzimmer unter Verschluss aufbewahrt wurde.

Niger war dem Inhaber wohlbekannt und wurde sofort nach dem Sonderraum geführt. Georg folgte ihm schweigend, aber die Erregung

England.

*In der 'Times' entwickelt Lord Northcliffe ein Friedensprogramm, das 14 Punkte enthält. Er erklärt, daß bei der Einstellung der Feindseligkeiten keine Rücksicht auf die Ehre des deutschen Volkes genommen werden könne, und fordert dann die vollständige Wiederherstellung von Belgien, den Wiederaufbau des zerstörten französischen Gebietes, Rückgabe Elzas-Lotharingen an Frankreich, Bildung eines unabhängigen polnischen Staates mit Zugang zur See, Entschädigung für die Folgen des 1870-Krieges und noch manches andere. Von einer Rückgabe des deutschen Kolonialbesitzes, so schließt er, könne nicht die Rede sein.

*In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter eines belgischen Blattes erklärte Lord Cecil, es sei kein Grund vorhanden, weshalb nicht freundschaftliche Beziehungen zwischen England und Finnland herrschen könnten. Finnland könne ein selbständiger Staat werden, vorausgesetzt, daß die Mehrheit des Volkes die Selbstständigkeitsbestrebungen unterstütze. England habe nichts dagegen, freundschaftliche Verbindungen mit der finnischen Regierung einzuleiten, sofern diese nicht aus Personen bestehe, die in Verbindung mit Deutschland oder mit dem deutschen Militarismus gestanden haben.

Rußland.

*Der Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten Tschicherin übergab dem neutralen Konvuls eine Erklärung zur Übermittlung an die Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens, Japans und der Vereinigten Staaten. Es heißt da: Um dem bewaffneten Konflikt zwischen den russischen Truppen und denen dieser Mächte ein Ende zu machen, schlägt die russische Regierung vor, Verhandlungen zur Beendigung des Konflikts einzuleiten, und fragt demgemäß an, wann und wo die Vertreter beider Staaten zu diesem Zwecke zusammentreten könnten.

Amerika.

*Büffe, der Präsident des rumänischen Nationalrates in Amerika, bisher Kaplan der rumänischen Legion in Frankreich, hat dem Staatssekretär Lansing eine Denkschrift überreicht, worin die Ansprüche Rumaniens auf Transilvanien und Siebenbürgen vertreten werden und welche auf historische und Massengründe gestützt werden. Er wünscht, daß die Grenze in der Friedenskonferenz festgestellt werde, und erhebt Einspruch im Namen des rumänischen Nationalrates gegen die Absichten der ungarischen Regierung, Siebenbürgen eine Sonderstellung zu geben.

Von Nah und fern.

Feldpostbriefsendungen. Im Hinblick auf neuerdings mehrfach laut gewordene Klagen über eine verlangsamte Beförderung von der Front nach der Heimat wird darauf hingewiesen, daß eine etwaige Verlangsamung in der Abfertigung dieser Sendungen darin ihren Grund hat, daß die Truppen vielfach bei den gegenwärtigen großen Kämpfen ihre Post nicht Zug um Zug bei den Feldpostanstalten aufstellen können, und daß auch die eingetretenen Zugbelästigungen und die dadurch veranlaßten Beförderungs-schwierigkeiten auf der Eisenbahn eine Verzögerung in der Abfertigung der Feldpostbriefsendungen unvermeidlich machen.

Schmuggel eines ehemaligen Reichstagsabgeordneten. In der Angelegenheit des Wundenschmuggels in Reidenburg und Malm, über den vor einiger Zeit berichtet wurde, hat der verhaftete ehemalige Reichstagsabgeordnete Bahnmeister und Ratsherr Günther aus Reidenburg, der seine Beteiligung bisher unter Hinweis auf seine ehrenamtlichen Stellen hartnäckig leugnete, und den offenkundigen Zeitungen sogar mit Verleumdungsklagen drohte, jetzt ein umfassendes Geständnis abgelegt, woraus klar hervorgeht, daß Günther als Hauptbeteiligter in Betracht kommt.

Von Berliner Hamstern ertört wurde die 34 Jahre alte Frau Emma Konrad in ihrer Wohnung in Balz bei Weg a. O. Wahrscheinlich sind die Hamster mit der Frau in Streit geraten, in dessen Verlauf die Frau erdroßelt wurde.

Der falsche Rembrandt.

18] Roman von F. A. Geisler.

(Fortsetzung.)

Niger suchte die Achseln. Berehrtester Geheimrat, machen Sie sich auf eine sehr große Überaschung gefaßt. Ich bringe Ihnen einen Künstler aus unterer Geimailstadt, Herrn Georg Heyden, der nicht nur die Echtheit des Bildes bestreitet, sondern sogar behauptet, es selbst gemalt zu haben, und zwar im Auftrag des Herrn Rirbach, zu dem Sie trotz meiner sachkundigen Warnungen eine so seltsame Neigung empfinden.

Der Galeriebetreiber prallte zurück — doch bald lachte er sich und sagte mit überlegenem Lächeln:

Das kann jeder lachen, verehrter Freund. Ich kenne Herrn Heyden und weiß, daß er allerdings Spezialist in Kopien nach Rembrandt ist und auch mit Herrn Rirbach eine Zeitlang recht vertraut war. Das andere ist ein Irrtum oder ein Mißverständnis, wenn nicht gar etwas anderes. Doch es wird sich ja alles auflären. Jedenfalls entspricht es ganz Ihrer oft erprobten Umsicht, daß Sie den Mann gleich mit hierher gebracht haben, ehe er Gelegenheit gehabt hat, seine Ansicht öffentlich auszusprechen.

Er hat sich durchaus ehrenwert und einwandfrei benommen. Meine Warnungsdepesche landte ich Ihnen auf seine Veranlassung; er hat mir versprochen, mit niemandem über die Angelegenheit zu reden, und vor allem das Bild selbst in Augenschein zu nehmen, das er bis

jetzt nur aus den Beschreibungen der Zeitungen und meiner photographischen Aufnahme kennt. Er machte mir einen sehr günstigen Eindruck, und was er mir über Herrn Rirbach berichtet, stimmt mit meinen eigenen Informationen über diesen Herrn so gut überein, daß ich nicht ohne Bedauern bin —

Verstehe vollkommen, mein Verehrtester. Ich bin der Meinung, daß Herr Heyden ein sehr loblicher Versteher ins Wort, hinter der man gern seine Bereitwilligkeit gegen einen guten Bekannten verbirgt. Sie waren, seien wir offen, dem Herrn Rirbach niemals recht grün, da er Ihnen leicht ins Gehege kommen konnte. Aber untereinander hat die Rirbach, auf jeden Falligen Kunstfreund sein Augenmerk zu richten, und ich muß Ihnen, daß er mir bei einigen wichtigen Begegnungen sehr gut gefallen hat. Ich muß daher schon bitten, ihn mit dieser unerquicklichen Sache nicht in Verbindung zu bringen. Aber lassen wir das. Ihr fähiger Malermeister wird sich wohl inzwischen soweit ausgerichtet haben, daß er zu van Zeeren fahren und unseren neuen Rembrandt betrachten kann. Günstig müssen wir werden, um ihn von seinen Wahrheiten zu heilen — na, und dann schicken Sie ihn gleich wieder zur Bahn oder lassen Sie ihn sich hier nach Persenslust amüsieren, aber mir erparen Sie seinen Besuch, bei dem doch nichts herauskommen kann. Wir wollen dann in Würdigung seines guten Glaubens und seiner ehrlichen Absicht die ganze Geschichte abgeklärt sein lassen und ihm die kleine Vergütungskreise gern gönnen.

Niger hatte für diese nervöse Rede nur

stand ihm zu deutlich auf dem Antlitz geschrieben, als daß es die Umstehenden nicht hätten merken sollen. Sie beobachteten ihn scharf, und ein kleiner, schwächlicher Journalist parierte sich an ihn zu dicht heran, daß er, als die Tür zum Kabinett geöffnet wurde, mit der Gemächtheit einer Rache hineinrutschte und sich hinter einem der breiten, schweren Seidenvorhänge verbarg, wo er atemlos das Kommande harrie in der Hoffnung, für eine besonders aufsehenerregende Mitteilung an sein Blatt Stoff zu gewinnen. Er sollte sich nicht getäuscht haben. Denn kaum hatte Georg einen Blick auf das umstrittene Bild geworfen, so lag er mit hartem Tone, aus dem Gewissheit und Entschlossenheit klangen:

Es ist mein Werk. Jeden Fall lasse ich darauf. Ich hab's auf Herrn Rirbach's Bestellung gemalt und ein gutes Honorar dafür erhalten — 2500 Mark waren für mich ein schönes Geld — Gott verzeih' ihm, daß er meine ehrliche Arbeit zu einem Verstoß angesetzt hat — aber ich bin meiner Sache gewiß.

Herr Heyden, sagte Niger ernst, doch nicht ohne Güte, bedenken Sie, welche Folgen Ihre Auslage haben muß —

Ich weiß es, aber hier hilft kein Überlegen. Hier heißt es nur, seine Pflicht tun. Ich bin kein Gelehrter und kein Diplomat, aber ich weiß, was ich tun muß.

Die Kommission hat das Bild für echt erklärt, warf Niger ein.

Gerade deshalb muß ich reden. Denn Millionen haben sich schon hundertmal geäu-

Anfrage!

An die ländliche Bevölkerung!

In Berlin ist seit gestern eine neue Regierung am Ruder. In allen Städten Deutschlands sind Arbeiter- und Soldatenräte an der Gewalt und unterstützen die neue Regierung, um unser Vaterland einer besseren und freieren Zukunft entgegenzuführen.

Der soziale Grundsatz der neuen Ordnung ist: Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert. Die erwerbstätige Bevölkerung des flachen Landes hat darum von der neuen Ordnung der Dinge nichts zu befürchten. Sicherheit des Lebens und Eigentums wird durch die Arbeiter- und Soldatenräte gewährleistet.

Die ländliche Bevölkerung hat aber alles zu befürchten, wenn die Lebensmittelversorgung der großen Städte ins Stocken gerät. Dann verliert die neue Ordnung die Gewalt über die hungernden Massen. Die Anarchie bricht aus. Magazine und Läden, die geplündert werden könnten, sind leer. Dann wird sich ereignen, was keiner von uns wünschen kann: Von Hunger getriebene, verzweifelte und zu allem entschlossene Haufen werden sich mit Gewehren und Maschinengewehren bewaffnet auf das flache Land ergießen, um sich hier mit Gewalt anzueignen, was sie brauchen, um nicht Hungers zu sterben. Dann sind schlimmste Misstaten unvermeidlich, Mord und Brand an der Tagesordnung. Unbeschreibliches Elend bricht über Euch herein.

Bauern! Wollt Ihr Euch und Eure Frauen und Kinder, wollt Ihr Eure Dörfer und Güter vor furchtbarem Schicksal bewahren, so unterstützt bereitwillig alle Anordnungen und Bestimmungen der Arbeiter- und Soldatenräte, und sorgt im Einvernehmen mit Euren bisherigen Behörden, den Landratsämtern dafür, daß die Lebensmittelzufuhr für die Städte nicht nur ebenso unbehindert vonstatten geht, wie bisher, sondern noch reichlicher fließt.

Bauern! Was Ihr in diesem Sinne tut, tut Ihr für Euch!!!
Frankfurt a. M., den 10. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Für den Exekutiv-Ausschuß:
Groger. Hüttmann.

Für eilige Leser.

§ Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung sollen in der zweiten Dezemberhälfte erfolgen.

§ Nach dem sozialistischen Regierungsprogramm soll spätestens zu Neujahr 1919 der achthündigste Maximal-Arbeitstag in Kraft treten.

§ Die Mackensen'sche Armee ist aus Rumänien bereits auf dem Rückmarsch und soll bisher keinen Widerstand gefunden haben.

§ In der „Daily News“ schreibt General Maurice, es sei wahrscheinlich, daß die Besetzung von Düsseldorf, Köln, Bonn und vielleicht auch Essen den Engländern überlassen werde.

§ Wie der „Herald“ aus New-York meldet erklärte Lansing im Senatsauschuß, daß die Besetzung der deutschen Gebiete links des Rheins nur eine vorübergehende Maßnahme sei.

§ Das deutsche Ansinnen um Milderung der Waffenstillstandsbedingungen ist in Washington eingetroffen eine Entscheidung der Alliierten ist kaum vor Ende dieser Woche zu erwarten.

§ Der deutsche Kronprinz ist in Holland interniert.

§ Clemenceau sagt in einer Ansprache an die Journalisten, Deutschland habe mit der Kapitulation bis zu seiner Erschöpfung gewartet, jetzt müsse Frankreich alles tun was in seinen Kräften steht, um die Befreiung von Nahrungsmitteln zu erleichtern.

* Rumänien verlangt in einem Ultimatum an Ungarn die sofortige Räumung Siebenbürgens.

§ Kriegsminister Trocki ist zurückgetreten.

Amtliche Nachrichten.

Kraft- und Lichtabgabe.

Die neue politische Lage läßt erwarten, daß die Kohlenversorgung des Rhd. Elektrizitätswerkes in nächster Zeit mit großen Schwierigkeiten zu rechnen haben wird.

Aus diesem Anlasse fordere ich die Bürgererschaft dringend auf, den Verbrauch auf das geringste Maß zu beschränken.

Insbesondere wolle der Verbrauch von Kraftstrom auf das allergeringste Maß beschränkt werden und auswärtige Kunden können vorläufig nicht mehr bedient werden. Vor allem muß das Holzschneiden möglichst eingestellt werden.

Camberg, den 11. November 1918.

Der Bürgermeister:
Pipberger.

Locales und Vermischtes.

Camberg, 14. Nov. Von den gesammelten Bucheckern stehen dem Sammler Dreiviertel, fast bisher die Hälfte, zu. Größere Familien, die kleinere Mengen gesammelt haben können von der Abgabe ganz befreit werden. Nach der neuen Verordnung trifft der Bürgermeister in Gemeinschaft mit dem Arbeiter- und Bauernrat im Einzel Fall die Entscheidung. Man beachte die Bekanntmachung in der nächsten Nummer.

§ Camberg, 14. November. Die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen und die dadurch erforderlichen Massentransporte, machen eine Einschränkung des Personenverkehrs auf der Eisenbahn nötig. Die Züge, die dem Arbeiter- und sonstigen Berufsverkehr dienen, werden möglichst bei behalten werden. Die neuen Fahrpläne werden umgehend auf den Bahnhöfen zum Aushang kommen. Bis dahin wird mündliche Auskunft erteilt.

Lesen Sie

Die Welt-Literatur

Die besten Romane und Novellen
Jede Woche ein neues Heft
Preis 10 Pfennig

Verlag: „Die Welt-Literatur“
Haller & J. Sohn, München 2

Weißtraut eingetroffen.

Abgabe heute Nachmittag von 2-4 Uhr am Bahnhof. Gentner & Wack.

Camberg, den 14. Nov. 1918

Der Bürgermeister:
Pipberger.



Wer seinen Winterbedarf in Schuhschett
jetzt
beschafft, kauft billiger als während der Saison.

Dr. Gentner's
Schuhschett

Tranolin

erhält das Leder weich, macht es wasserdicht und dauerhaft, und kann jetzt noch prompt geliefert werden.

Hübsche Plakate und Postkarten.
Hersteller auch des beliebten Oelwachs-
Lederputzes Nigrin: Carl Gentner & Söppingen.

Die Beratungsstelle für Lungenkranke

besteht seit 10. Jahren

Limburg, Hallgartenweg 7.

Sprechende: Mittwochs Vorm. von 10-12 Uhr.

Beratung erfolgt kostenlos.

Kreisverband Vaterländischer Frauenvereine
im Kreise Limburg.

Pergamentersakpapier

Buchdruckerei W. Ammelung, Camberg.

Für Trauerfälle

**Dank- und
Beileidskarten**

stets vorrätig bei
W. Ammelung,
Camberg, Bahnhofstr.

Ein tüchtiges
Dienstmädchen

gesucht.
Hotel Sternberger,
Niedernhausen.

Braues fleißiges Dienstmädchen
bei guter Behand. und Verpflegung
für baldigst gesucht.
Franz C. Staudt Bad Homburg
u. d. H. Louisestraße 75.

Eine gute

Fahrkuh

zu kaufen gesucht.

Wilhelm Müller,
Camberg, Neumarkt 3.



Schöne 6-Wochen-Ferkel
hat abgegeben

Aug. Bach, Camberg

1. Wie entferne ich den beißend.
Tabakgeschmack? (vgl. Anleitung
zum Beizen. 21-30 Tausend.)
2. Selbstherst. v. Cigaretten Cigaret.
Kautab. 12.-17. Tausend.
3. Verarbeiten d. Tabakpflanz. 3.
51.-60. Tausend.
Beize f. Tabak u. Erstab
(ähnl. Varinasgeschm.) leicht M. 1.90
mittel M. 2.50, stark 2.90. Jede
Packung reicht für 5 Pfd. Tabak
Alle Preise zuzügl. 20%
G. Weller, Rostath (Rhld.)

1 steht fest:

Der „Hausfreund für
den gold. Grund“, die
gelesenste und verbreitetste
Zeitung hiesiger
Gegend, bringt allen
Inferenten den ge-
wünschten Erfolg

Darum inseriere
im
„HAUSFREUND“



Gebrauchte Gläser
kauft stets
Georg Steib,
Drogerie 3. gold. Kreuz,
Camberg.

Laut Verfügung des Kriegsausschusses
für Ose und Fette, Berlin, ist meine Mühle
im ganzen Regierungsbezirk Wies-
baden für die Verarbeitung von
Bucheckern gegen Delschlagschein zugelassen.
Für 12 Pfund lufttrockene Bucheckern gebe
ich ein Liter reines Bucheckernöl und die ent-
sprechenden Kuchen. Die Annahme erfolgt
gegen auf meine Mühle ausgestellte Del-
schlagscheine in meiner Fabrik.

Philipp E. Sauth,
Oelfabrik, Dohheim.

**Amtlicher Winter-
Tafelfahrplan**
Gültig vom 1. Oktober 1918,
zu haben in der Buchdruckerei
W. Ammelung.

LANZ
MANNHEIM
Dampf-
Dreschmaschinen
Bisher geliefert über 24.000